

**Erstpreis täglich**  
nachmitt. mit Ausnahme  
des Sonn- und Feiertags.

**Abonnementpreis**  
monatlich 60 Pf.  
vierteljährlich 1.80 Mk.  
jährlich 3.60 Mk.  
Prämium frei ins Haus.  
Durch die Post zugangs-  
weise 1.00 Mk. extra Beleggeld.

**„Die Neue Welt“**  
(Unterhaltungsblatt)  
durch die Post nicht begeh-  
bar, kostet monatlich 10 Pf.,  
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.  
Telegramm-Adresse:  
Volksblatt Halle a. S.

# Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Pelitzsch-Bitterfeld,  
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Erkartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Post 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Post 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

**Interaktionsgebühr**  
besteht für die 6 gelappten  
Parteien oder deren Raum  
30 Pfennig.  
Für auswärtige Kreislagen  
25 Pfennig.  
In reaktionellen Teilen  
helfen die Beile 75 Pfennig.

**Inserate**  
für die 6 gelappten  
Parteien bis zur 10. Zeile  
Explosion aufgezogen  
sein.  
Eingetragen in die  
Polizeistiftung.

## System Brutal!

Das geliebte Königreich Preußen ist die Stätte, wo die Brutalität der Verhinderung des Volkes in ein genau funktionierendes System gebracht ist.

Was wir im Laufe eines Jahres erlebt haben: die Wiederherstellung der Wahlrechtsgesetze, die furchtbare politische Schändlichkeit in Posen, die Ordensauszeichnung der Säbelhüter, die Verurteilung der Wählerbesten durch die preussische Justiz — all das ist nur das Normale, das ebenso zum preussischen Selbstgefühl gehört, wie das brutale Treiben der Justiz.

Wohl hat ein national-konservativer Junge in Wambitz beschworen, die Brutalität des Polizeiverfahrens habe ihm die Grundgedanken seines christlichen Glaubens beschnitten, aber das lag nur daran, weil er von der preussischen Autorität sein lebenslang einen ganz falschen Begriff hatte. Was wir durch das Verbrechen, es geht um System. Aber zum System der kapitalistischen Preffe gehört es jetzt auch, die Wambitzer Verurteilungen des Systems als „Mißgriffe“ einzelner Beamter umzufassen. Diese Sanktion gilt es zu durchbrechen.

Wir brauchen nur zwei Jahrzehnte in die Vergangenheit zurückzublicken, um zu finden, daß Döbel und Gummichausen gar oft wilder waren, und daß weiter aus innerer Staatsanwaltschaft und Richter zur Hand waren, denen die mit diesen Wehr und Waffen ausgeteilten Stiche nicht anders als notwendige Emanationen (Ausflüsse) des preussischen Geistes erschienen.

Am Mai 1894 standen acht Berliner Redakteure als Angeklagte vor Gericht, weil sie am Anfang der im 18. Januar desselben Jahres gegen Arbeitslose verübten Taten die Polizei „schändlich“ haben sollten. Durch einen bekannten Anwalt hatten damals die Anklagebehörde die Beschuldigten ihren unabhängigen Richter entsenden und vor die berühmte Preussische Kammer gebracht, die denn auch das in sie gesetzte Vertrauen nicht betrog und schwere Geld- und Gefängnisstrafen über die Angeklagten verhängte. Der damalige Staatsanwalt, Wambitz mit Namen, ein Mann, der, nebenbei bemerkt, später ein sehr trauriges Ende fand, glitt mit einer Wambitzbetäubungswirkung der Seltsamkeit über die Polizeizustände hinweg, indem er in seinem Plädoyer sagte:

„Das etwa im Eifer des Gefechts von einzelnen vielleicht ein Jagdtrieb ausgeht ist, der überflüssig war, mag ruhig vorgekommen sein. Darum handelt es sich nicht, und in dieser Beziehung wird jedem einzelnen sein gutes Recht werden, und hat einer ein geschundenes Rasenbein davongetragen, so kann er auf Schadenersatz klagen. Ich habe auch mancherlei das Verlangen, daß allen, welche hier vernommen wurden, ihr Recht werde, und in diesem Sinne werde ich jede einzelne Aussage der Entlassungszeugen nachprüfen daraufhin, ob die Beschuldigten nicht unter denen waren, welche die Angriffe auf die Polizei machten.“

Diese Nachprüfung hatte ein sehr negatives Resultat, denn niemand hat später etwas von einer staatsanwaltschaftlichen Anklage vernommen.

Wohl aber blieb der Bevölkerung im trauernden Gedächtnis, was der Junge Oberst A. v. Egidio in diesem „Gummichausen-Schlauprospekt“ behauptet, daß nämlich „die feindselige Erregung der deutschen Soldaten in Frankreich nicht so groß gewesen sei, wie die der Schutzleute bei diesem Vorfall, daß weiter jedermann im Vaterlande der nach für sich die Begründung patriotisch-religiös christlich getilgt, aber, ordnungsmäßig und auch nur feindselig in Anspruch nehmen, von einem unglücklichen Schmerz getrieben sein würde, wenn er Zeuge dieser fünfzehn Minuten am Friedhofsbain gewesen wäre.“

Auch die in der Wambitzer Verhandlung erwähnte Gedächtnisschwäche von Beamten in Wambitzfällen muß nicht gerade als Neuheit an. In den ersten Oktobertagen 1898 hatte sich Reichstagsabgeordneter Stadthagen vor der ersten Kammer des Landgerichts I wegen „Polizeibelädigung“ zu verantworten. Als Unterlage der Anklage diente die von Stadthagen im Vorwärts aufgestellte Behauptung, daß auf Polizeiwachen geprügelt werde. Das Ergebnis der Verhandlung war nach dem Urteil eines Berliner Bürgerlichen Rates geradezu niederschmetternd für die Polizei. Ein anderes, wenig gefälliges Blatt, das jeden die Schwärze ins Gesicht streifen mußte, der von den Wambitzbesten gehört hat, die nachgewiesen dem Angeklagten in übermüdigender Weise gelungen sei. Es machte einen besonders erschütternden Eindruck, als ein Angeklagter, der wegen wissenschaftlicher falscher Anschuldigung der Polizeibeamten zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, unter seinem Ende von den gemeinsamen Wambitzbesten berichtete, die ihm Schändliche in den Arrestzellen zugestiftet hatten. Nicht minder löcherig war die in diesen Verhandlungen aufgedeckte Unzulänglichkeit der Justiz. Ein Verleider dieses Namens war aus geringfügigen Ursachen verurteilt, auf der Polizeiwache entführt und, als er sich dann für einen einfachen Mann der Wache in eine Trennung gebracht worden, entließ er sich selbstverständlich nach seiner Untersuchung wieder entlassen werden mußte.

In einem dritten in diesem Sinne verurteilten Falle, bei dem ein Junge gleichfalls mehrere Wambitzbesten, und als der Staatsanwalt ihm entgegenhielt, daß er wegen wissenschaftlich

falscher Anschuldigung zu neun Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt worden sei, erklärte er ruhig, daß die Tatsache der Wambitzbesten, für die er mit seinem Eide hatte, trotz der zu Unrecht erfolgten Verurteilung bestehen bliebe.

Ein besonderes Kapitel in der Polizeipraxis bildet die schimpfliche Behandlung ehrenhafter Frauen. In dem Falle Köppen in Berlin hatte ein Kampagnist ein junges Mädchen unwillkürlich verurteilt, als hätte sie die Dornen eine von dem Rücken gefallene Kränzung ebenfalls abgewaschen hätte. Das Mädchen wurde nicht, eine Nacht auf der Wache festgehalten, und dann am nächsten Morgen in „Lilien-Wege“ nach dem Polizeigebäude gebracht, wo es allen Anwesenden vor dem Trog gleich den Profittulieren ärztlich untersucht wurde. In einem anderen Falle, der sich zu Berlin a. M. ereignete, hatte ein Kriminalbeamter, der nach anfänglicher Verurteilung für seine Handlung mit 100 Mk. Geldstrafe belegt wurde, eine ehrenhafte Dame als Prostituierte verhaftet, nachdem sie bei dem großen Anlauf der sich aus diesem Anlauf gebildet hatte, nicht nur von Nachbarn, sondern von der eigenen Mutter legitimiert wurde.

Das Unglück, als Dirne gestellt zu werden, und von einem Polizisten verhaftet zu werden, ist dann im Jahre 1902 wie noch einmischlich sein wird, auch der bekannten Vorfall für Frauenrechte Dr. Anita Augspurg widerfahren wie denn als Gegenstück zu diesem Fall noch ein Polizeiverfahren aus Leipzig am der Frau erwähnt zu werden verdient. Die einfach belegte, daß die in dem oder andere ledige Frauengemeinschaft verhaftet werden sollten, wenn sie nachts noch zehn Uhr allein oder in verächtlicher Begleitung sich auf der Straße untertrieben.

Das ausübende Arbeiter auf der Polizeiwache Wambitzbesten ausgeübt werden, kann nach den ganzen Anschauungen die „oben“ über die Wahrnehmung des Koalitionsschreides herrschen, nicht weiter wundertnehmen. In einem Falle, der schließlich zur Verhaftung der Beamten führte, erfolgte die Verurteilung unter dem drastischen Ruf: „Ihr Himmels, warum frellt ihr!“ Es ließen sich Wände schreiben über das Verhältnis zwischen Polizei und Staatsbürger, das in bekannter Manier nachdrücklich in noch bei Gelegenheit der Wahlrechtsdemokratization und der Herrenversammlung besonders drastisch zu Ausdruck kam.

Selbstverständlich würde die Wambitz der Polizei nicht immer und immer wieder in der gefährlichen Weise zum Ausdruck kommen, wenn die Schutzleute nicht wüßten, daß die Verurteilung und die Beförderung der Autorität nicht nur Staatsanwälte und Richter, sondern selbst leitende Staatsmänner in Wambitzbesten zum Ausdruck eilt preussischer Anschauungen benutzten. Als der Abgeordnete Heine am 22. November 1902 eine erschreckende Fülle politischer Ausschreitungen im Reichstage zur Sprache gebracht hatte, meinte der Staatssekretär von Niederding, daß die Polizei im derzeitigen Angelegenheiten „doch nicht solchen Värm machen sollte“.

Wer wollte leugnen, daß dieser Standpunkt auch heute noch die preussische Bureaucratie beherrscht und daß die preussische Polizeipraxis konzentriert nach, solange das preussische Regierungssystem und das schmachvolle Preussentum recht vom Volke getragen wird.

Echt die Vernichtung des ganzen brutalen preussischen Systems wird den Weg zum kulturellen Aufstieg frei machen.

## Wunde Stellen und Blutflecke.

Als einst unter der Herrschaft des alten jüdischen Vereinsgelebes, des sogenannten jüdischen Jurels, der Leiter einer sozialdemokratischen Versammlung in seiner Eröffnungsrede zu den Worten kam: „Der Redner wird sprechen über das Thema...“, da unterbrach mit dem überwachen Vertreter der Rednerer Zeitschicksal mit dem kategorischen Einbruch: „Ihrer Rede ist nicht zu erbet werden.“ Der Name des Redners, dem der politische Spruchschab des deutschen Volkes diese Vereinerung verbannt, ist leider verfallen, aber sein Wort hat Ähnel bekommen und lebt im Volksmunde fort als der fünfjährige Ausdruck jener blühenden Polizeimeisheit, deren höchster Schatz heißt: Unterdrücken und Verbieten.

Es ist schon gemeldet worden, daß der Seniorenkonvent, der Rat der Wambitz des preussischen Dreifachhauses, mit der Frage beschäftigt werden soll, auf welche Weise man das Wiedererleben der Wambitzbesten in den preussischen Landbüchern verhindern könnte. Der bloße Gedanke, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten diesen heißen Punkt in ihren Reden berühren könnten, macht diese Leute schon so nervös, daß sie die Köpfe zusammensetzen und einander belohnen fragen: „Was tun?“ Zwar hat man sich im Vorhinein eine rechtliche Darstellung der Sache, als die Wambitzbesten in Stand gesetzt, aber schließlich kann man doch nicht gleich den Leutnant Folte und zehn Mann herbeibringen. „Die Stämme zu räumen“ — wie wohl der polizeitechnische Ausdruck lautet — wenn sich ein Abgeordneter erdreistet, an eine gesetzgebende Aufgabe zu erinnern, die in einer „Menschlichen Abrechnung“ als „Menschliche Wunde“ als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart bezeichnet worden ist. Darum ist die Verlegenheit zielgerecht, und die Planung, mit

der diese neue Unterdrückungsaktion entben wird, wird jedenfalls noch viel größer sein.

Wie der preussische Landtag, so hat aber auch die preussische Justiz ihre wunde Stelle, deren Enttückung sie fürchtet, gegen deren Verletzung sie sich heftig wehrt. Im Berliner Gerichtssaal, in dem sich der erste Wambitz-Prozess dem Ende nähert, ist die Erwählung der Ordensauszeichnungen, die über die polizeilichen Ordnungshüter und Schmutzungen verhängt worden sind, allemal verblüffende Erscheinungen aus. Kaum ist das Angeklagte gefallen, so rufen sich die Wambitz der Richter, ihre Verantwortung, sich, der Gerichtshof nicht sich zurück, um über den vorliegenden Anwalt eine „Anschreib“-Karte zu verhängen oder ihm überhaupt das Wort zu verbieten.

Im Sommer glaubte der Gerichtshof die Bluffede auf den Uniformen der Schutzleute, die sein Orden verleiht, mit einem Untermarktschein versehen zu können, zu dessen Erlegung der Medicinamt Mosenfeld verurteilt wurde. Und am Montag glaubte man die ganze Ordensgeschichte aus der Welt schaffen zu können, indem man dem Medicinamt Ostler Cobn durch Gerichtsbeschluß verbot, sie überhaupt auch nur zu erwähnen.

Die Richter, die diesen Beschluß fassen, bedauern dabei sicher nicht, daß die Verfahren nach außen hin als die für die Kritik der Ordensoffiziere wirken, die sich überhaupt denken läßt. Denn wie immer die Richter ihren Beschluß strafprozessual begründen wollen, es wird nicht gelingen, nach außen hin den Eindruck zu vermeiden, daß sie selbst die Wambitz als ein Kapitel betrachten, dessen Erörterung ihnen unheimlich zu geraden peinlich ist. Wenn in der Öffentlichkeit des Gerichtssaals über diese Angelegenheit, die doch mit dem Verhandlungsgegenstande auch engste zusammenhängt, nicht gesprochen werden darf, kann wohl eben an ihr etwas sein, was die öffentliche Erörterung nicht berührt.

Es muß immer und immer wieder gesagt werden: Wenn auch an den Behauptungen des Redneridegler und ihrer fünf-hundert Zeugen gar nichts wahr wäre, auch dann bliebe die demokratische Ordensverleihung an die Zeugen der Staatsanwaltschaft vor Verurteilung des Urteils ein nicht zu entäußerndes Eingriff in die sogenannte „Anschreiblichkeit der Wambitzbesten“. Es bliebe trotzdem eine Anschreiblichkeit, daß dem Urteil der Richter vorgegriffen wird, durch die Partei-nahme der höchsten Verwaltungsbehörden, daß Zeugen, die in ihrer Glaubwürdigkeit schwer angegriffen sind glaubwürdiger gemacht werden sollen durch die Verleihung staatlicher Auszeichnungen. Selbst wer sich allen geistlichen Lasten der Verleugung wollte und auf dem selbst vom Staatsanwalt angegebenen Standpunkt beharrt, die Polizei hätte in Wambitz „nur ihre Pflicht getan“, wird daher die Ordensverleihung an die Polizisten auf das schwerste mißbilligen müssen.

Begrifflich bleibt es daher auf alle Fälle, daß die Richter nervös werden, wenn dieses Kapitel angeht, und daß sie ihre strafprozessualen Nachmittel bis auf die äußerste anstrengen, um die ihnen unattraktive Erörterung der Angelegenheit zu unterdrücken. Klug ist aber diese Haltung nicht, sie ist so wenig klug wie irgend eine Unterdrückungspolitik, so wenig klug wie die Unterdrückungspolitik der preussischen Senatoren, die da glauben, sie schaffen die preussische Wambitzbesten aus der Welt, indem sie die Abgeordneten nach Kräften hindern, von ihr zu reden. Mit der alten Polizeimeisheit, über „Thema“ dürfe nicht geredet werden, wird man nicht weiter kommen, es wird über „Thema“ eben doch geredet, und wenn man darüber nervös zu werden beginnt, dann wird eben nur noch mehr davon gesprochen werden, denn diese Nervosität verrät uns die transtischen Stellen des kranken Systems. Ja, gelänge es selbst, Rechtsanwältinnen und Abgeordneten den Mund zu verbieten, so gibt es noch Wambitzbesten, gibt es noch eine Preffe, und wenn andere schweigen müssen, wird es von diesen Stellen nur noch lauter ins Land gerufen werden, daß das preussische Säbel- und Anzeibelregiment seinen Söbepunkt überschritten hat, und daß seine Fahrt nun talwärts geht, heil bergab!

## Politische Ueberblick.

Halle a. S., 10. Januar 1911.

### Wann wird die Reichstagswahl?

Jeden Tag fast taucht ein neuer Schwall auf über den Termin der kommenden Reichstagswahlen, und diese Meldungen werden natürlich als „aus authentischen Quellen“ hommend bezeichnet. Am Montagabend kommen die Deutschen Reichstags von Londoner, auf unterrichteter Seite mitteilen, daß die Wahlen schon bald stattfinden, denn von den Arbeiten des alten Reichstages befreide man sich nicht mehr das, was man bei Beginn der Verstaatlichung von ihm erwartet habe. Das Blatt fährt dann fort:

Die Frage einer frühzeitigen Auflösung des Reichstages liegt daher für die Regierung nicht außerhalb der Betrachtung. Nach Durchberatung des Reichsrentenwachstumsgelebes und nach Erhebung des Etats werde es aber sehr möglich sein, die Frage des Termins der Wahlen definitiv zu lösen. Geheime Vorbereitungen deuten hierzu darauf hin, daß die Stimmung im Bundesrat durchaus nicht gegen einen Sommertermin für die Wahlen zum Reichstag ist.





## Portugal.

### Antimonarchische Demonstrationen.

Gegen die Gefährdung durch monarchische Zeitungen wurden am Montag gemaltene Angriffe unternommen, wobei Betriebsmaterial gestört wurde. Die Zeitungen wurden deshalb unter dem Schutz republikanischer Militärs gestellt. — Die drei Zeitungen hatten in der letzten Zeit wiederholt gegen die portugiesischen Republikaner schwere und beschimpfende Angriffe veröffentlicht, und der Ausbruch der Volksleidenschaft wird diesem Umstande zugeschrieben. Nach erfolgter Verhinderung der Menge gab diese in geschlossenen Reihen an den Gebäuden der ausführenden Gefährdungen vorbei und veranlassete Gegendemonstrationen.

Die Regierung hat beschlossen, wegen der Vorfälle eine gerichtliche Untersuchung einzuleiten.

## Rußland.

### Ein reaktionärer Schultze.

Die grauenvollen Gefängniszustände, die Anwendung der Prügelstrafe gegen eine Anzahl politischer Sträflinge und die Gewerkschafterei auf deren Seiten, die sich namentlich im Gefängnis von Jerevan abgepielt haben, führten zu einer Interpellation in der Duma, die von M. Tschelidze begründet wurde. Nachdem er, fortwährend von vobelschen Zerkeln der Schützen unterbrochen, gesprochen hatte, sprach sich die Rechte M. K. S. an, dessen Rede die ganze Gemütsart im Jaren besonders nahe stehenden Gesellschaft tiefend widerspiegelt. Er sagte u. a.: „Jede Interpellation muß sich auf eine Gefesgesverletzung stützen, die hier aber fehlt. Denn das Gesetz gestattet das Prügeln der Sträflinge mit Knuten, selbst für geringe Vergehen. (Beifall rechts.) Zu meinem großen Bedauern hat man 1906 die Strafe des Peitschens abgeschafft. Einige Gefängnisvorstände haben aus jüdischer Durch ein Unterschied zwischen politischen und gemeinen Sträflingen gemacht und die vom Gesetz vorgesehene Strafe nicht auf die politischen angewandt. Zum Glück hat sich jetzt ein Direktor gefunden, der im vorgesehene Falle eine Anzahl Schmutzsteine nach Gebühr hat prügeln lassen.“ (Lauter links, Schmutz.) „Das ist gewiß unangenehm, namentlich für die, denen das Jüdischhaus auch in Aussicht steht.“ (Ananille!) „Wenn bewiesen wäre, daß man 100 Peitsche statt der Höchstzahl von 100 gegeben hätte, könnte noch von Gefesgesverletzung gesprochen werden. Aber man spricht nur von der Prügelung überhaupt. Bieleicht hat es gar nicht die 100 Peitsche gegeben. Bieleicht hat man sich, zu meinem tiefen Bedauern, mit 20 begnügt. (Geisterleit rechts.) Sie sind gegen Vordere, und Sie verlangen sie dann für Ihre Freunde in den Justizbüroen? Ich bedauere sehr, daß der Vordere des ehrenwerten Herrn von Plehwe (Sazonoff) nicht sofort gefängt worden ist. Daß er nun tot ist: um so besser, ich freue mich darüber. Mögen die Sazonoff, Spiridonowa usw. sich nur alle hängen oder sterben. Das ist das Meiste!“

Diese Rede wurde von der Linken mit Protest, von der Rechten mit Begeisterung aufgenommen, während die Mitte, die gemäßigt-konserverbaren Christen, Schwiegen hinhörten. — Verdiente der Mann nicht, Redakteur der Deutschen Tageszeitung zu sein?

## Brasilien.

### Barbarische Strafvollzug.

In der Stadt Rio de Janeiro haben Gerichte um, daß 45 Reuter, die Gefängnisstrafen und Zuchthausarbeit absitzen, ganz öffentlich hingerichtet werden. 26 Todesfälle sollen durch Sonnenlicht verursacht sein, den sich die Leute bei der Arbeit an den Weisigungen auf der Insel Cobras ausgesetzt hatten, 19 sollen durch Erstickern in den Gefängniszellen umgekommen sein. Eine Befähigung war bisher nicht zu erlangen, doch wird berichtet, daß der Führer der Reuter, Candido, lebt.

## Aus der Partei.

### Eine „Enthöhung“.

Das mit der Polizei Fühlung unterhaltende Scharfmacherblatt Post kann „enthöhen“, daß demnach wieder Straßendemonstrationen zugunsten der Wahlrechtsänderung in Preußen stattfinden werden. Die Post und ihre Hintermänner haben anscheinend etwas läuten hören, wissen aber nicht, wo die Kloden hängen. Tatsächlich sind für Sonntag, den 22. Januar in ganz Preußen Massenversammlungen geplant, Straßendemonstrationen werden aber nicht stattfinden. Sodspitel und ähnliche ehrenwerte Leute werden also an diesem Tage nichts zu tun bekommen. Aber man wird auf sie ein wenig acht geben!

### Verfassungen der Parteipresse.

Durch den Ausbruch unserer Mitarbeiter auf dem Polizeipressidium, den unser Eisenar Parteiblatt gelegentlich der Aufnahme nur eines Teiles einer Berichtigung des Eisenar Polizeipressidenten gebrauchte, fühlte ich der Herr Polizeipressident so ungenehm in seinem sein entwickelten Ehrgefühl gekränkt, daß er Strafaktion gegen den Verantwortlichen, Gen. Steinbüchel, stellte. In dem Antrage an die Staatsanwaltschaft bat er um eine empfindliche Strafe. Das Gericht fühlte das an dem Polizeipressidenten begangene Verbrechen mit 100 Mark Geldstrafe, die es dem Pressführer auferlegte. Der Herr Staatsanwalt hatte beßeres Verständnis für den Wunsch nach empfindlicher Verurteilung gezeigt; er beantragte wegen des so schwer ehrenkränkenden Ausbruchs Mitarbeiter „nur“ drei Monate Gefängnis. Die Polizeiautorität ist das Feilste in Preußen.

Reparierte Reichsverbandsschere. Die Reichsverbandsschere wurde seit dem 1. November v. J. mit dem Reichsverbandsschere in Hofstadt beschäftigt, der damals gerade zur Disposition gestellt worden war. Wegen des Ausbruchs, der „abgelegt“ worden, fühlte sich der Reichsverbandsschere befreit und sagte, das Gericht mühe ihm auch die Freunde, den Verantwortlichen der Volkszeitung, Genossen Franke, zu 50 Mk. Geldstrafe zu verurteilen.

### Personalien.

Zum Belegparteileiter für das städtische Westfalen wurde Genosse Schredt-Wiesfeld gewählt.

Das Diner falscher Berichterstattung ist der Redakteur des Garburger Volksblattes, Genosse Zelle geworden. Auf Grund falscher Informationen brachte Zelle eine Notiz über angebliche Mißstände in der Armenanstalt Duderfeld, durch die sich der Hausvater und eine Krankenführerin befreit hätten. Nachdem sich die Unrichtigkeit der Darstellung herausgestellt hatte, brachte Genosse Zelle sofort eine Berichtigung. Trotz dieser lauten Behandlung der Angelegenheit beantragte der Anstaltsrat im Termin gegen Zelle und mehrere Personen, die im Verordete fanden, das Volksblatt informiert zu haben, geradezu unverständliche Strafen. Genosse Zelle sollte das Verbrechen mit 4 Monaten Gefängnis büßen, die Mitangeklagten, Landwirt König, Schneidermeister Drees und Armenhäuser Sobottich, sollte der Vertreter der Staatsgewalt auf 6, 4 und 4 Monate ins Zuchthaus gehen. Das Urteil lautete gegen Zelle auf 600 Mk. gegen Drees auf 200 Mk. und Sobottich auf 50 Mk. Geldstrafe. Der Angeklagte König wurde freigesprochen.

## Gewerkschaftliches.

### Gewerkschaftsarbeit im Jahre 1910.

In einem Rundschreiben aus dem Jahre 1910 gibt das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands ein anschauliches Bild von der gewerkschaftlichen Tätigkeit des vergangenen Jahres. Auf gewerkschaftlichem Gebiet ein Jahr neuen und erfreulichen Aufschwunges und hierin namentlich auf sozialpolitischen Gebiet ein solches der Reaktion, so charakteristisch es das Korrespondenzblatt. Nach den statistischen Aufzeichnungen war ein Anstieg des Andranges Arbeitstüchtender und somit eine Verbesserung der Konjunktur zu beobachten. In den Gewerkschaften machte sich eine erhöhte Kampfstätigkeit geltend, die zwar stets eine Begleiterscheinung günstiger Wirtschaftslagen ist, im vergangenen Jahre aber noch ihre besondere Kräfte in den Wirkungen der Finanzreform hatte; die Arbeiter suchten die Preissteigerungen zahlreicher wichtiger Lebensmittel durch eine Erhöhung der Löhne weit zu machen.

Sehr befriedigend ist der Erfolg der Gewerkschaften in der Mitgliederzunahme. Nach den von der Redaktion des Korrespondenzblattes gemachten Zusammenstellungen von 47 Verbänden vom dritten bezw. vom zweiten Quartal 1910 hatten diese eine Mitgliederzunahme von 193,318 oder 11,08 Prozent so daß für unsere Zentralverbände auf einen Zuwachs von rund 200 000 Mitgliedern gerechnet werden kann; damit wäre die zweite Million Mitglieder überschritten!

Mit diesem Ergebnis ist ein neuer denkwürdiger Abschnitt der deutschen Gewerkschaftsbewegung erreicht. Die erste Million brachte uns das Jahr 1904 nach mehr als 20jähriger Organisationsarbeit. Schon drei Jahre später waren wir hart an die Grenze der zweiten Million herangekommen, und nur die Wirtschaftskrise hinderte den weiteren Vormarsch. Nach zweijährigen Störungen und Schwankungen ging es wieder vorwärts und in eine neue Periode des Aufschwunges hinein.

Die Organisationskonzentrationen durch Verschmelzungen einzelner Verbände lassen einige Verbände zu gigantischen Größen auswachsen. Derzeit zählen sieben Verbände mehr als 100 000 Mitglieder, davon einer nahezu eine viertel Million, und der größte nahezu eine halbe Million. Die Gewerkschaften sind die eigentlichen Massenorganisationen, die Gewerkschaftskämpfe Massenkämpfe großen Stils geworden, und die Strategie dieser Kämpfe erfordert ein vorher ein gekanntes Maß von Anspannung und Verantwortung.

Das sozialpolitische Ergebnis des Jahres erscheint dagegen sehr unzureichend. Das Arbeitsergebnis versuchen die Regierungen zu einem Besetz gegen die Arbeiterorganisationen zu machen. Das Heimarbeitgesetz bringt den ausgebeuteten Heimarbeitern keinen Schutz. Die Reichsversicherungsordnung bleibt in ihren einzelnen Bestimmungen noch unentschieden. — Auch der preußischen Wahlreform werden in dem Artikel einige treffliche Worte gewidmet.

Besonders bemerkenswert ist noch, wie das Korrespondenzblatt die gegenwärtige Situation beurteilt, in der die Reaktion im Verein mit den industriellen Scharfmachern nach neuen Ausnahmengesetzen gegen die Gewerkschaften streben. Es laut dazu:

„Die großindustriellen Scharfmacher können die großen Niederlagen im Kampferwerb und in der Wertindultrie nicht verkraften. Sie suchen sie den durch politische Ausschreitungen in Madrid entstandenen Straßentravallen die Notwendigkeit neuer Strafgesetze gegen Streik und Störung der öffentlichen Ordnung zu begründen, und der Vorkentwurf des neuen Strafgesetzbuches hat ihren Wünschen bereits in hohem Maße Rechnung getragen. Was verleiht es der Reaktion, daß aus dem Wobait der Arbeiterklasse ein Wobait der Polizei wird? Es ist das zu klagen, daß heute die Polizei nicht der Streikenden auf der Hand haucht, sondern die Hand der Polizei auf der Hand der Polizei verleiht, wird deshalb noch lange nicht von ihr

ausgegeben und der Ruf nach der notwendigen Vermeidung des Schuges der öffentlichen Ordnung wird nach wie vor erhoben werden. In solcher Situation braucht das Volk eine Vertretung, an der alle Konfliktverhältnisse wirkungsvoll abgeklärt, einen Reichtum, der im Gegenteil befreit ist, das Leben des Staatsbürgers wirksamer gegen Mißbrauch der Staatsgewalt zu schützen.“ — Und so klingt der Artikel in einem hoffnungsvollen Appell zu neuer Arbeit und neuen Erfolgen aus.

### Die Situation auf den Sechschiffswerften.

In den Kreisen der Werftarbeiter macht sich gegenwärtig eine lebhaftere Erregung bemerkbar, weil die Werftarbeiter die im Oktober vorigen Jahres getroffenen Vereinbarungen in einer Weise auslegen, die den damals getroffenen Abmachungen direkt widersprechen. Vereinbart wurde im Oktober, daß für alle Orte resp. Werften Mindesteinstellungslohn vereinbart werden sollte; als Grundlage hierfür sollten die in den einzelnen Orten bisher gegültigen Einstellungslohn unter Aufschlag von 2 Pf. pro Stunde gelten. Die Arbeitervertreter machten schon damals darauf aufmerksam, daß hierunter nicht etwa vorhanden werden dürfe, daß wenn im Ausnahmefall einmal ein besonders niedriger Einstellungslohn geschäft sei, dieser etwa als Grundlage angenommen werden könne. Es müßten hier die in der Regel bezahlten Einstellungslohn in Frage kommen. Dem stimmten die Unternehmer zu. Die Höhe der Einstellungslohn sollte laut Protokoll der amtlichen Vereinbarung vorbehaltlos bleiben und wurden zu diesem Zweck und zur Regelung anderer Streitpunkte Krisenkommissionen gebildet. Wie es zur Verhandlung über die Einstellungslohn kommen die Arbeiter den Standpunkt ein, daß der bis dahin gezahlte niedrige Einstellungslohn zulässig 2 Pf. pro Stunde als Einstellungslohn für die Zukunft festzulegen sei. In einzelnen Orten gingen sie sogar so weit, vor drei Jahren gezahlte Löhne als Grundlage zu verlangen.

Daß eine derartige willkürliche Auslegung der Vereinbarungen erbiten muß ist klar. In den Unterwerfungen soll im Januar in Betriebsbesprechungen auf diesem Verhalten der Unternehmer Stellung genommen werden. Die Stillezener Werftarbeiter haben schon in überfüllten Versammlungen diese Mißbilligung protestiert, sie verlangen von den Organisationsleitungen die Ergreifung von Maßnahmen, um eine Besserung dieser Dinge herbeizuführen.

Verantwortlich für Sentimental Politische Heberdahl, Berlin: Nachrichten Karl Schulz, für Ausland, Gewerkschaftliches, Revision und Vermittlung Karl Bod, Volantes Otto Riebusch, Provinziales und Versammlungsberichte Gottl. Raspeck, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

# Warum

weisen wir immer ausdrücklich auf das echte Paket hin?

1. Weil die äussere Verpackung von Kathreiners Malzkaffee oft nachgemacht wird,
2. Weil durch diese Nachahmungen der Glauben erweckt werden soll, ihr Inhalt sei echter Kathreiners Malzkaffee,
3. Weil allein das gesetzlich geschützte echte Paket die Garantie bietet für den reinen und unverfälschten Kathreiners Malzkaffee.

# Darum

weisen wir immer ausdrücklich auf das echte Paket hin.

Die Kennzeichen des echten Kathreiners Malzkaffee sind:

1. Das geschlossene Paket,
2. Schutzmarke „Parrer Kneipp“,
3. Firma „Kathreiners Malzkaffee-Fabriken“.



Verlangen Sie also ausdrücklich: Ein Paket Kathreiners Malzkaffee!

Der Gehalt macht's!

# Die Schlussstage nahen!!

Die Restbestände meiner Beleuchtungs-Gegenstände wegen Hausabbruch und Wegzug von Halle a. S. werden jetzt zu jedem nur annehmbaren Preise anverkauft.

Gaskronen von Mk. 15.— an.

Petroleumkronen von Mk. 10.— an.

**G. R. Kegel jun.,** Grosse Ulrichstrasse 7.

PS. Für Wiederverkäufer: Zylinder, Dochte etc. billig.

Die Ladeneinrichtung ebenfalls billig zu verkaufen.





## Moabit Nr. 1.

### Die Erwähnung der Ordensverleihungen unterdrückt!

P. B. Berlin, 9. Januar 1911.

In der Monatsfestschrift führte Rechtsanwalt Rosen berg in seinem Plädoyer aus, der daß der Arbeiter gegen die Polizei keine Verheerung der Seite ihrer Gegner finden. Der Staatsanwalt lege in besonderen Wert darauf, daß viele Organisierte sich an den Ausföhrungen beteiligen hätten. Aber das stehe im Gegenfatz zu der Erfahrung, daß gerade solche Streiks, die ohne gewerkschaftliche Mitwirkung geführt werden, von Gewalttätigkeiten begleitet seien. Den Angeklagten müßte das Vorgehen der Schutzleute zugute gehalten werden. Die Schutzleute hätten die Moabiter Bevölkerung

wie die Einwohner eines fremden Dorfes behandelt. Der Verteidiger bittet, die Angeklagten freizusprechen oder ihre Strafe durch die Untersuchungshaft als verbüßt zu erachten.

Rechtsanwalt Lieberich ergriff das Wort für den Angeklagten B. 11, der lediglich deswegen schuldig sein soll, weil der Zeuge Schmidt ein Ehrenmann sei. Der Staatsanwalt wolle die geschworene Verurteilung des B. 11 durch die Strafe von 1 1/2 Jahren Gefängnis für B. 11 führen. Was für eine Strafe müßte er dann gegen die Straßleute und die Kriminalbeamten beantragen, die gegen ruhige Bürger in der niederträchtigen Weise vorgegangen seien. — Den Angeklagten werde an die Moabiter Vorgänge wohl keine andere Erinnerung bleiben, als der Dank des Herrn v. Jagow. Der Vorsitzende erklärt, der Dank des Herrn v. Jagow gehöre nicht in den Gerichtssaal. Eingehend bedauert dann der Verteidiger die Unglaubwürdigkeit des Zeugen Schmidt, die die Freisprechung des Angeklagten B. 11 bedinge.

Rechtsanwalt B. 11 bittet für den Angeklagten Tod um Freisprechung, weil die Schutzleute, die ihn festnahmen, nicht im rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes gehandelt hätten. Davor habe er einen Schutzmännchen mit dem Finger schmerzt, aber er habe in jener Situation (eingebildet) Gewalt geübt, wie der freigesprochene Fahnenhändler B. 11. Wollte man ihn dennoch verurteilen, so dürfe die Strafe nur sehr gering sein.

Am Nachmittag hielt Rechtsanwalt Dr. Cohn ein zweistündiges Plädoyer, worin er einen allgemeinen Rückblick auf die historische Entwicklung der Polizei warf und zu dem Schluß kam, daß sich das polizeiliche System seit zwei Jahrhunderten nicht geändert habe. Die vor 200 Jahren, so bestanden auch heute die Polizei die Staatsbürger als Unterthanen, denen gegenüber Hoheitsrechte jeder Art erlaubt seien. Weiter untersag der Verteidiger

### das Verbotswesen der Polizei

einen scharfen Kritik, wobei er freilich von dem Vorsitzenden wiederholt unterbrochen wurde, weil das „nicht zur Sache gehöre“. Der Hauptteil seiner Ausführungen war einer kritischen Untersuchung der Glaubwürdigkeit der Aussagen von Polizeibeamten gewidmet, einer Untersuchung, die sehr ungenügend für die Weanten ausfiel. Als er hierbei auf darauf zu sprechen kam, wie die Verteilung von Geldern in der des Straßens auf die Seingewandenen einwirken müßte, führte der Vorsitzende Kommissar Lieberich einen Verstoß des Gerichts herbei, das Gericht

### erkläre solche Erörterungen für unzulässig!

Es war also den Verteidigern nicht möglich, nachzuweisen, daß gerade die Weanten, die rüchellos die Wahrheit gesagt haben, beim Obersten übergegangen sind.

Als letzter Verteidiger kam der sozialdemokratische Rechtsanwalt L. 11, der von einem jugendlichen Angeklagten zu verteidigen hatte. Sein Plädoyer gipfelte in scharfen Angriffen auf die Sozialdemokratie, die die Jugend verführe und in einer Kritik unserer heutigen Fortbildungsschulen, die den jungen Leuten „keine Lehren von der Obrigkeit“ einflöße und sie nicht in religiösem Sinne erziehe.

Am Dienstag wird der Erste Staatsanwalt Steinbrecht auf die Reden der Verteidiger erwidern. Voraussichtlich wird dann der Prozeß zu Ende sein.

## Moabit Nr. 2.

Am Montag nahm die Verhandlung vor dem Schwurgericht gegen 18 Angeklagte ihren Anfang. Der Vorsitzende lauschte, daß er den Prozeß in drei Wochen zu Ende führen kann. Der Angeklagte Frau, ein Oesterreicher, kann weder lesen noch schreiben. Er gibt an, daß er Steine in der Tasche hatte, will aber diese Steine eingestrichelt haben, ohne sich etwas dabei zu denken. Außerdem behauptet er, während des ganzen Vorgesanges betrunken gewesen zu sein. Daß er sich den Weanten widerlegt habe, stellt er in Abrede. Die Angeklagten Danke und Vorwort betreiben, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben. Der Angeklagte Straß als Streifen einen Arbeiterwilligen mit einem Stein geworfen haben. Er erklärte, daß ihm der Stein im Schenke in die Hand gedrückt worden sei, und er habe den Stein nur fortwerfen wollen, keineswegs aber die Absicht gehabt, damit jemand zu treffen. Auch der Angeklagte Schoboff stellt in Abrede, mit einem Stein nach einem Kolonnenwagen geworfen zu haben. Ebenso verneint sich auch der Angeklagte Gornert dagegen, daß er sich irgendeine schuldig gemacht habe. Dem Angeklagten Wüner wird von der Anklage vorgeworfen, daß er die Menge aufgeföhrt habe, die Polizei zu schlagen. Er bestritt dies und behauptet, daß er von der Polizei sofort gewandt, nach der Wache geföhrt und dort furdurbar mißhandelt worden sei.

Der Angeklagte Josta ist zufällig in die Menge geraten und gibt an, einen Stein geworfen zu haben, ohne daß er damit aber ein bestimmtes Ziel im Auge gehabt hätte. Angeklagter Erdmöl hat mit einem Stein geworfen und behauptet, daß er dies in der Erregung über das Vorgehen der Schutzleute getan habe. Auch der Angeklagte Kuffel gibt an, daß er lediglich aus Ärger über das Vorgehen der Polizei und weil er selbst auch geföhrt worden war, mit einem Stein geworfen habe. Angeklagter Gistlich wurde

### durch einen Schießling in den Leib

schwer verletzt. Er sollte verhaftet werden und soll dabei Mißhandlungen erlitten haben. Weiteres stellte Angeklagter entziehen in Abrede. Angeklagter Kasimir Adamski bestritt

entföhren, überhaupt einen Stein in der Hand gehabt zu haben. Diefelbe Erklärung gibt für sich auch sein mitangeflagelter Bruder Nepomut Adamski ab. Die weitere Verhandlung wurde auf Dienstag verlag.

## Gewerkschaftliches.

### Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet.

In den über 80 Versammlungen, die am Sonntag im Ruhrrevier stattfanden, und die überaus stark besucht waren, wurde eine Resolution angenommen, die sich mit dem Vorgehen der Bergarbeiterorganisationen einverstanden erklärt. Die Arbeiterschüsse wurden beauftragt, die aufgestellten Forderungen zur Kenntnis der Grubenverwaltungen zu bringen und zu verlangen, daß die Aufschubfügungen, in denen die Forderungen bereits werden sollen, noch in der zweiten Hälfte des Monats stattfinden. Es ist dies der letzte Weg, der den in Frage kommenden Organisationen noch übrig bleibt, um in Güte etwas zu erreichen, nachdem die Grubenherren und der Grubenverband jedes Entgegenkommen abgelehnt haben mit der Motivierung, es müßte den einzelnen Grubenverwaltungen überlassen bleiben, die Lohnfrage mit ihren Arbeitern zu regulieren; die Arbeiterschüsse seien die gesetzlichen Vertreter der Beschäftigten und hätten die Aufgabe, Wünsche und Beschwerden der Arbeiter bei den Grubenverwaltungen vorzutragen, ein Mitbestimmungsrecht auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hätten sie jedoch nicht.

Es steht nun abzuwarten, wie weit die einzelnen Grubenverwaltungen den Wünschen und Forderungen der Arbeiter entgegenkommen werden. Zweifellos sind die Forderungen das in der Lage, die Gewinne sind sehr gut, die Förderung hat die höchste Ziffer der Hochkonjunktur im dritten Quartal 1907 schon bedeutend überstiegen. Die Verhalte im Ruhrrevier haben in den letzten 2 1/2 Jahren, vom ersten Quartal 1908 bis einschließlich dritten Quartal 1910, etwa 105 Millionen Mark an Löhnen allein durch direkte Lohnverhörungen eingeholt, ungeachtet die Verluste, die ihnen durch die vielen Preisrückfälle entfallen sind.

Der christliche gelbe Bergengewerksverein leitet den Grubenherren Handlungsdienste, beschließt die anderen Organisationen in der Breite und in Versammlungen, bringt sich damit aber auch bei seinen Mitgliedern um jeden Kredit und in eine wenig beneidenswerte Situation. Die Folgen dieses erbärmlichen und niederträchtigen Betrugs an den Interessen der geduldeten Bergarbeiter werden sich bald genug zeigen, und die Kosten dieser Arbeiterverraterei werden die gelben Christen ganz allein zu zahlen haben.

### Der Bergarbeiter im belgischen Kohlenrevier.

Eine große Bergarbeiterversammlung in Lüttich hat den Generalstreik beschlossen. Die Zahl der Ausständigen ist noch immer in der Zunahme begriffen. Auf den meisten Gruben wird gefeiert und nur eine ganz geringe Anzahl Bergleute arbeitet noch. — Aufsehen erregt die Meldung, wonach die in der vergangenen Woche in Zerung von einem Gendarmerie durch einen Schuß schwer verletzte Frau gestorben ist. Da „man“ bei der Verurteilung dieses Opfers der Polizeibrutalität „Mauern“ befindet, hat man zugleich auch einen bequemen Vorwand zu neuen Meutereien.

## Soziales.

### Die Fleischnotgeißel.

Einen Beweis für die trostlose Lage, in der sich die Fleischversorgung Deutschlands gegenwärtig befindet, liefert das Ergebnis des Verkehrs auf dem Vieh- und Schlachthof in Nürnberg im Jahre 1910. Nach Mitteilung der Allgemeinen Fleischzeitung hat der Zutrieb zum Viehof einen Rückgang um 19.500 Stück Vieh, darunter 8.000 Stück Großvieh, erfahren. Die Schälungen weisen einen Rückgang von 6.500 Stück Vieh auf. Der Fleischverbrauch stellt sich um zwei Kilogramm für den Kopf niedriger.

Die Handelskammer für Anhalt richtete eine Petition an das Staatsministerium, in der es ersucht wird, den Vertreter Anhalts im Bundesrat anzufragen, für die Befreiung der Anhalts von Fleischsteuerungen, besonders für eine Einlieferung aus Fleischexportierenden Staaten, einzutreten.

### Schöbiger Kampf gegen die Selbstverwaltung der Dreikantentafeln.

Die Feinde der Selbstverwaltung der Dreikantentafeln greifen in der vergangenen Mittel, um ihren Willen durchzusetzen. Jetzt haben sie, um den Anhängen zu erweiden, als ob auch die Kassenbeamten von einer Selbstverwaltung nichts wissen wollen, eine Petition an den Reichstag hergeholt, die von einem mit dem 1. Januar d. J. ins Leben tretenden neuen Bund der Kassenbeamten auszugehen sollte und die die alten reichsverbandlichen Angelegenheiten gegen die Selbstverwaltung der Kassen berührt. Wir haben seinerzeit die Petition mitgeteilt, die vom Vorsitzenden des neuen Bundes, des Kassenbeamten Ethel in Weimar, unterzeichnet wurde. Jetzt erhob nun dieser Kassenbeamte in der Erfurter Tribüne eine Erklärung, die da zeigt, wie solche Forderungen gemacht werden. Ethel sagt: Er habe nur aus Solidaritätsgefühl das Vorstandsamt angenommen, aber noch keinerlei Tätigkeit für den Bund entfaltet. An der Ausarbeitung der Petition habe er nicht mitgewirkt, diese ließe ihm auch nicht zur Unterzeichnung vorgelegt worden. Wie gelegentlichen Besprechungen von Inspektorenleistungen habe er immer betont müssen, daß die Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse der Kassenbeamten in Thüringen ein unangenehm festes, festes in Weimar seien. Die Verantwortlichen die denkbar besten. Er habe niemals Grund gehabt, einen Vorstoß gegen das Selbstverwaltungsrecht zu unternehmen. Ferner heißt es wörtlich in der Erklärung:

„Ich habe um jede Verantwortlichkeit zu vermeiden, das persönliche übernehmene Vorstandsamt wieder niedergelegt.“ Diese Erklärung des Herrn Ethel bestätigt die Vermutung, daß die ganze Gründung nur den Zweck hatte, eine Opposition gegen die Selbstverwaltung der Kassen aus den Kreisen der

Beamten heraus vorzubereiten, um gerade mit den Stimmen dieser angeblich so schmer unter dem sozialdemokratischen Terrorismus leidenden Personen Einbruch auf die Regierung und die Reichstagsmehrheit zu machen.

## Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 10. Januar 1911.

### Sitzung der Parteifunktionäre.

Am Donnerstag, den 12. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Hofpark eine Gesamtsitzung der im § 12 des Statuts für den Sozialdemokratischen Verein bestimmten Funktionäre statt. Pünktliches und vollständiges Erscheinen wird ermahnt.

Der Vorstand.

### Aus dem Stadtparlament.

Eine alte Erfahrung ist es, daß verlorenen Sachen die wortsprechenden Vertreter zu finden pflegen. Und weiter, daß Entscheidungen, die gewissen Vordristsinhabern geföhrt zu werden beginnen, mit lauten Schreien und Gezeiten umgehört werden. Die Sozialdemokratie ist in der angenehmen Lage, in letzterer Art umgehört zu sein. Sie besitzt die Eigenschaften „gehabterter“ Erscheinungen, trotz aller Vermählungen und Niedertritte sich erheben zu können und zusammen an Jugendkräfte, Kraft und Zughaltigkeit. Während ihr Gegenpart, die bekannte „nationale Sache“ des Fortemoinnes nur mehr an Alter und Gebrechlichkeit zunimmt.

Die Sache rüstet auf die Person ab. Wir konnten das geföhren wieder ausfallend deutlich an dem befallenen Bürgermeister der Stadt Halle, Herrn v. Holl, wahrnehmen. Er wird auch alt und das, was er vorbringt, pflegt nicht nur durch diesen Umstand, sondern auch durch die Greisenhaftigkeit der von ihm vertretenen Sache beeinträchtigt zu sein, hat also doppelt zu leiden. Sehr lange ist es noch nicht her, daß der besser begabte Kollege des Herrn v. Holl mit der ihm eigenen Unüberwindlichkeit im Stadterverordnetenamt erklärte, dieser dürfe nicht zum Einmischungs politischer Auseinandersetzungen gemacht werden. Gegen dieses Gebot hat geföhren Herr v. Holl in seiner alternativen Unschuld immer gekündigt, indem er eine höchst politische Rede hielt. (Man wird hierbei nicht den blühigen Juristenfink anwenden wollen, daß eine Rede keine Auseinandersetzung sei!) Er eroberte den neuen Kommunalbeamten Gelehrer eine Einführungsrede, in der es von bewegter Zeit gar lebendig Klang, von Beiträgen, die auf Anerkennung der Verfassung abzielten, von der Gut, auf der man sein müße, um das Unmöglichere revolutionärer Umtriebe abzumehren, von „den Weanten“, die Gegner der Monarchie und der Verfassung seien, von den unwahren Schlagsworten, daß die Dinge sich friedlich entwickeln könnten und von der Propagierung der offenen Gewalt! Die Rede war so kurz, daß alle über die sie erregten von einer Gänsehaut befallen wurden. Nur ein kleiner Nebenvernehmer zwecks Abwehr, meinte ungenügend und unerschütterlich, wenn Herr v. Holl drei Politiken mehr zu gebrauchen vermeine, hätte er doch nicht nötig, sich in so große reberische Inflationen zu föhren. Und ein anderer Kommunist lieh sich hier vernachlässigen, daß, wenn Herr v. Holl von dieser unwahrscheinlichen Rede lie, er sicher froh sein werde, daß er sie nicht hätte halten brauchen. Wir aber möchten zu dem Bezug nicht mehr sagen, als daß in ihm die Vaterlandsliebe keinesfalls größer scheint als die Angst. ... Sollenlich wird Herr v. Holl den dringenden Bitten des Herrn Bürgermeisters Gehör schenken und sich wieder dem Unmöglichere revolutionärer Umtriebe widersetzen. Im Magistrat natürlich, dessen Mitglied er nunmehr ja ist.

Nicht minder mit Ruhm und Ehre bedacht gibt ein anderer tapferer Bekämpfer des Unmöglichen von der geföhrenigen Stadt nach Hause. Das war Herr Steiner, dem das Vertrauen von maßgebenden Stadterverordneten und der Landtage, daß man keine andere „Respektperson“ für den Posten fand, wieder zum Präsidenten verholten hat, obwohl er seine Inparteilichkeit weitreichend glänzen lassen kann. Herr Hötzler, der zweite Vorseher, fand ganz anderes Vertrauen, für ihn botieren nämlich 45 seiner Kollegen, vielleicht nicht ganz ohne innerlichen Zwoll, daß es mit dem Erfolg so arg baperte. ... Von Interesse war auch die Schriftführerverwahl in zweiter Garnitur. Herr Pfauisch, der sich voll Stolz zu den Neumarkern zählt, ließ sich nichts belohnen von dem Weanten zum Schriftführer kandidaten nominieren, rasselte aber mit 24 Stimmen durch, gegen 20. Herr v. Holl erhielt. Und doch ist Herr Pfauisch ungeschicklich durch Spendung von Wahlzinsen an seine Kollegen Ausdruck verliehen. Aber Inhalt ist der Welt Wohl.

Gegen Schluß der Sitzung war es unseren Genossen möglich, in drei Fällen ihre kommunalpolitische Stellung prinzipiell zu präzisieren. Einmal in der Frage der Vorstufe, deren niederträchtigen Klassencharakter Genosse O. K. B. e. b. u. g. nicht übersehen, erwiderte unter Zustimmung namentlich der paläontologisch gesunden Stadterverordneten. Dann bei Verpöndung der Reparaturarbeiten im Zoologischen Garten und bei Wittelkind, wo mit Recht darauf verwiesen werden konnte, daß unter dem heutigen Zustand eine Privatgesellschaft den Vorteil von den städtischen Aufwendungen für diese Anstalt habe, während bei eigener Regie die Allgemeinheit Nutzen erlangen könnte. Ganz ohne Wirkung blieben die immer wiederholten Hinweise unserer Herren Funktionäre auf ein bestimmtes Vorgehen hinsichtlich der Dinge, auch in dieser Hinsicht nicht, das war geföhren wieder mit aller Deutlichkeit zu beobachten.

### Die Zukunft des Halleischen Stadttheaters.

Der Stadterverordneten-Versammlung ist eine Vorlage des Magistrats vorgegangen, die zu der im nächsten Jahre für Halle aktuell werdenden Frage des Theatertreibens Stellung nimmt. Mit dem Monat 1912 laßt der mit Geheimrat Richards abgeschlossene Privatvertrag ab und es ist notwendig, sich jetzt zu entscheiden, ob das Stadttheater weiter verpachtet oder ob es in eigene Regie übernommen werden soll.

Grundsätzlich lehnt nun die Magistratsvorlage die eigene Regie nicht ab. Vielmehr stellt sie sich zum Ziel, zunächst das Kapital für einen städtischen Fundus mit etwa 100.000 Mark anzunehmen, um auf Grund dieser Vorbereitung über eine spätere Verwaltungsreform des Stadttheaters zu ent-







eine der Stadt schädliche Gasse abhandeln gekonnt: sie konnte trotz einiger Nachforschungen nicht wieder zur Stelle gebracht werden. Doch der zweite Bürgermeister, Burfardt, wollte in dieser schwierigen Situation einen Ausweg. Er forderte für seine Hand sämtliche fähigen Arbeiter aus! Für den Bürgermeister bedeutete diese Maßregel natürlich nichts, er füllte den Damm der Arbeiter und ihrer Familien nicht. Ob der Bürgermeister glaubt, daß durch diesen brutalen Streich die Gasse wiederkommt?

**Allerlei.**

**Tod durch Margarine-Vergiftung!**

Im Norden Berlins ist ein neuer Fall von Margarine-Vergiftung vorgekommen. Nach dem Genus von Margarine erkrankte die 34jährige Dienerin Luise Gardono unter Vergiftungserscheinungen. Das Befinden der Frau verschlechterte sich so schnell, daß ein Arzt hinzugezogen wurde. Dieser ordnete die Überführung der Patientin nach einem Krankenhaus an; doch kaum war der Krankenhausbote, als die Frau starb. Die Neuverpöbel beschlagnahmte die Leiche und leitete eine genaue Untersuchung ein. Ob der Tod wirklich durch den Genus

von Margarine herbeigeführt worden ist, muß erst durch die Untersuchung festgestellt werden.

**Dieben Verlesene verurteilt.**

Die aus sieben Personen bestehende Familie des Quälers Regac in Bitten, die ein gefundenes weisses Pulver irrtümlich für Salz gehalten und damit die Speisen befreit hatte, erkrankte unter Vergiftungserscheinungen. Es handelt sich wahrscheinlich um eine Natriumvergiftung. Mehrere Familienmitglieder befinden sich in Lebensgefahr.

**Sauerbrunn.**

In Niebau in Ober-Oesterreich veranfaßten die Bauern eine plammäßige Heze gegen den Gemeindevorstand Dr. Franz, der pflichtmäßig einen Zubuschul zur Anzeige gebracht hatte, weshalb die geplante militärische Einquartierung unterblieb. Dem Vorsteher wurde der Kauf von Lebensmitteln verweigert, die Patienten blieben aus, gegen sein Haus wurden Steine geworfen. Franz ist infolge der Aufregungen einen Herzschlag erlitten.

**Eine Emballierin im Vatikan.**

Der ehemalige Kammerherr des Papstes Mac Swinen hat den Marabete del Hierro, einem anderen päpstlichen Kammer-

herrn, wegen Verleumdung vor Gericht gezogen, weil der Hierro ihn in anonymen Briefen an hohe Persönlichkeiten homo-sexueller Neigungen begünstigte. — 'Wäpflider Kammer' und homoneuell — so was gibt's natürlich nicht ...

**Sturles Ueberle.** Die Erbeberverleumdungen in Turkestan dauern immer noch an. In Tadschik wiederholten sich die Verleumdungen, die etwa 10 Sekunden andauerten und härter waren als an den vorhergehenden Tagen. Auch in Kasol (Womina Semerentich) wurden in den letzten Tagen ähnliche Erdböße verübt. — In der Gemeinde Dattrop bei Essen wurden zwei Arbeiter, die im Freien genädigt hatten, erfroren aufgefunden. — Auf der Heerstraße Deutsche Kärlter bei Duisburg stürzte am 12. Merz hoch über dem Boden fünf Arbeiter herab. Drei von ihnen lebend gefaßt. — In Tatar Kasarbi (Bulgarien) ist ein Oberbau, wie die bakteriologische Untersuchung erahnt, an asiatischer Cholera erkrankt. Es sind alle Vorkehrungsmaßregeln getroffen worden. — Auf der russischen Grenzstation Kozatzki ließ ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen, wobei zwei Personen getötet, sechs schwer verletzt wurden. Der Materialschaden ist bedeutend.

**Kndusels Molkerei-Butter** von heute ab auch **geformt pro 65 u. 68** 5 Proz. geringere Lose  
**Apfelsinen dünnsthalige** ohne Preis-Verschlag **5** 1/2 Proz. 1/2 Pfd. 60 Wfg.  
 schöne süße goldgelbe Früchte **3** 1/2 Proz. 10 Wfg. gratis von Kndusels Tafel-Kaffeein-Margarine  
**Albert Kndusel.** 5 Proz. Rabatt, 5 Proz. Rabatt.  
 Bei Einkauf von 10 Stück erhält jeder Käufer für 10 Wfg. gratis von Kndusels Tafel-Kaffeein-Margarine zur Probe beigelegt! Der probt, lobt!

Für die Herren Gastwirte:  
**Einladungskarten**  
 zu  
**Nurabendenden, Bockbierfesten, Familien-Abenden, Schlachte - Festen.**  
 Zu beziehen durch die  
**Volks - Buchhandlung,**  
 Halle a. S., Karz 42 43.

**+ Frauen +**  
**hüten sich**  
 vor unvorsichtlichen Nachahmungen, welche immer wieder vorkommen, und wählen bei Schürmen nur die echte Verbands-Tintur, Preis 6,80. Distrib. und Verkauf bei Chem. Laboratorium Monopol, Berlin 109 SW., Udenstr. 106

**CACILIER**  
 Ha N e a S  
 Ludwig Wüchters 62  
 Drahtzaunfabr.

Wieder-Vorkäufeln hoher Rabatt. \*  
**Seinen sarten Teint:**  
**Rosaderma** Tube 1,-  
**Kaloderma** Tube 10, 25 u. 50 Pf.,  
**Veilchen - Cream** Tube 10, 30, 50, 1,-  
**Aachen Thermal-Cream** Tube 75 u. 1.50,  
**Zuckoch-Cream** Tube 75 u. 2,-  
**Lilienmilch-Cream** Tube 30 u. 50 Pf., nur echt bei  
**Max Rädler,**  
 Drogerie, Rammischstrasse 2

**Anbruch**  
 Kleinschmieden 3.  
 Sofort fertig zu verkaufen:  
**Türen, Fenster, Brennholz, Fuhrn und korbweise, Otto Richter.**  
**Stedten! Stedten!**  
 Gefächte-Empfehlung.  
 Der Arbeiterschaft von Stedten und Umgebung zur erst. Kenntnis, daß ich meine

**Fleischerei**  
 selbst übernommen habe. — Bitte bei Bedarf mich zu verständlichen Guts Ware u. reelle Bedienung anrufend, zu befehlen.  
 Hochachtungsvoll **O. Schiele.**  
 Telefon 214  
 Schen Wittweg  
**Schlachte - Fest.**  
**F. Kluge, Deesenstr. 1.**

Unser  
**Inventur-Ausverkauf**  
 beginnt **Donnerstag den 12. Januar früh 9 Uhr.**  
 Vollständige Räumung grosser Lagerbestände ist der Zweck des Ausverkaufs. Um das zu erreichen, haben wir Preiserabsetzungen, oft ohne jede Rücksicht auf den Einkaufspreis, vorgenommen und bieten mit diesem Ausverkauf eine äusserst günstige Kaufgelegenheit. Besonders Luxuswaren in höherer Preislage haben enorme Ermässigung erfahren und für verhältnismässig wenig Geld kann man diese guten, gediegenen Waren erwerben.  
 Wer für Hochzeiten, Geburtstage, Confirmationen oder sonstige Gelegenheiten ein Geschenk braucht, wer einen wirklich billigen Einkauf machen will, der beachte unser Inserat morgen und besuche von **Donnerstag** an unseren Inventur-Ausverkauf.  
**C. F. Ritter** G. m. b. H.  
 Halle a. S. Leipzigerstrasse 90. Halle a. S.

**KIOS** - Kurprinz 3 Fährten 4 Welt-Macht 5  
 Abu Sakkin Bristol Fleur de Kios Fig.  
 Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios“ o E. Robert Böhme, Dresden.  
 Lieferant der französischen Cabak-Regie.  
**Parvus:**  
 Der Klassenkampf des Proletariats.  
 Heft 1: Der gewerkschaftliche Kampf. Preis 15 Pf.  
 Heft 2: Die kapitalistische Produktion u. das Proletariat. Preis 20 Pf.  
 Heft 3: Die Sozialdemokratie u. der Parlamentarismus. Neu (soeben erschienen). Preis 25 Pf.  
 Heft 4: Der Sozialismus und die soziale Revolution. Preis 25 Pf.  
 Heft 5: Die A. Parterschaft u. das Unternehmertum. Preis 25 Pf.  
 Zu beziehen durch alle Ausleger und die Volksbuchhandlung, Halle a. S., Karz 42 43.

**Wohnungs-Anzeigen**  
 Nähe  
 X Sorftraße 56, Steinweg,  
 2 Z., Tel. Wohnung, 3 Z., S. u. Zub. für 360 u. zum 1. 4. u. vermietet. Näh. im Laden.  
 Wohnung 2 St., S. u. u. Zubeh. (Tel. od. 1. 1. 1911 u. beim Korbotha Nr. 6.  
 Adol. Schlotte (unb.) u. W. Schlotte  
 Eichenborffstr. 29, Nidel.

**Gasthof Zum Zentral-Bahnhof.**  
 Mittwoch, 11. Januar:  
**Grosses Schlachtefest.**  
 Hierzu ladet erachtet ein  
**Fr. Moritz, am Oberbahnhof 3.**

Heute  
**Schlachtefest.**  
 Marie Böttcher, Triftstraße 2.  
 Morgen, Mittwoch,  
**Schlachtefest.**  
 Ab 8 Uhr: Weistreich  
 Otto Becker, Kröllweis.

**Sozialdem. Verein für Halle und den Saalkreis.**  
 Sonnabend, den 7. Jan. er., nachm. 3 Uhr, stark unfer Wichtig, der Brauer  
**Wilhelm Berger**  
 im Alter von 41 Jahren.  
 Wir werden sein Andenken in Ehren halten.  
 Der Vorstand.

**Bettmässen.**  
 Befreiung garant. Auskunft umsonst. Alt. u. Gesch. angeb. B. Schoene & Co., Frankfurt a. M. 372.

**Ernst Haeckel**  
 Volksausgabe. Preis 1 M.  
 Volksbuchhandl., Sara 42/43.

**Dank.**  
 Für die unendlich vielen Beweise herzlichster Liebe u. Teilnahme, welches mit beim Sinkenden meines innigstgeliebten Mannes, des **Bertmeisters Friedrich Möbius** ausgesprochen wurde, und für den überaus reichen und herrlichen Beistand, welchen ich es mir nur möglich, allein auf diesem Wege zu danken. Innigsten Dank dem Herrn Schriftführer, wie ich seinen Herren Schöhen, den Herren Direktoren und Beamten für das ehrenvolle Geleit. Herzlichen Dank seinen Herren Kollegen des Bertmeisters-Verbandes, den Leuten seiner und anderer Abteilungen, dem Gesangsverein für den erhabenden Gesang und allen Verwandten, Freunden und Bekannten von nah und fern, welche durch ihre liebe Güte, erwiehen haben. Besonders herzlichsten Dank dem Herrn Walter Kierwatter für seine treuerlichen Worte, welche unfern wunden Herzen so wohl getan haben.  
 Halle a. S., den 10. Januar 1911.  
 Die Trauernden Hinterbliebenen.

**Violin-Unterricht**  
 erteilt **A. May, Saalberg 8.**  
**Musik-Böcher** empfiehlt  
 Volks-Buchhandlung.  
 Trauring verloren. Gegen Belohn. abzugeben.  
 Besichtigungstr. 29, 1.

**Stunde-Sammliche Nachrichten**  
 Halle-Süd (Steinweg 2), 9. Jan.  
**Aufgehoben:** Schmiedegeselle Janowski und Juliana Bräunlich (Friedemann und Kästner), Arbeiter Sommer und Anna Wärtner (Salle und Weisberg), Schmied Dufmann u. M. Pfeil (Salle und Petersberg).  
**Geboren:** Arbeiter Kurze T. (Streiberstr. 6), Arbeiter Nohald L. (Weichenstr. 2), Kaufmann Gottschick T. (Gr. Ulrichstr. 33/34), Arbeiter Viericke S. (Unterplan 6), Drogerie Krefel S. (Gulias Herbststraße 8), Aufbeher Wanda S. (Kronenstraße 11), Arbeiter Gies T. (Kühlhofe 5), Schloffer Walter S. (Torstraße 53), Polizei-Sergeant Diet T. (Höllbergstr. 22), Schloffer Schotte T. (Weichenstr. 10).  
**Gestorben:** Arbeiter Müller, 19 J. (K. Berneinstr. 11), Witwe Dorothee König geb. Numme, 73 J. (Wernhardsstr. 40), Arbeiter Dimde, 61 J. (Körblichstr. 33), Schlichters Ewald Ehefrau Joh. geb. Pils, 60 J. (Weichenstr. 13), Fabrikarbeiter Krausnick a. Rummel, 44 J. (Bergmannstr.), Privatmann Bocter, 86 J. (Medelstr. 14), Bahnhofs-Vorsteher Heber T. 37 M. (Streiberstr. 35), Gattin W. 49 J. (Kronenstraße 8), Geschäftsführer Weinhart, 65 J. (Weichenstr. 10), Malwir Berger, 41 J. (Torstraße 21), Privatmann Rüdiger, 73 J. (Steinweg 14), Arbeiter Litzan, 50 J. (Weichenstr. 27), Bahnarbeiters Gnan 2., 2 J. (Kühlhofe 47).  
**Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3a), 9. Januar.**  
**Geschäftslung:** Betriebsleiter Arnold und Anna Jungnickel geb. Stove (Körblichstr. 23 und Sara 3).  
**Geboren:** Dachdecker Bömer S. (Trothstr. 37), Eisen-dreher Schmitzner T. (Schleifweg 7), Schneider Höde Tocht. (Gr. Brunnenstr. 30), Maurer Böhmke S. (Gr. Goleinstraße 30), Geschäftsführer Hennig T. (Schleifstr. 37).  
**Gestorben:** Reformwirtsch. Nischke geb. Krieger, 86 J. (Kühlhofe 38), Anstaltswärterin Dichte, geborene Dödelcke, 75 J. (Weichenstr. 9), Landwirtsch. Schumann geb. Pfeil, 76 J. (Schleifstr. 5), Invaliden Heiler Ehefrau, geb. Schmidt, 59 J. (Schleifstr. 41), Arbeiter Skamowski aus Weichenstr. 20 J. (Wohnungsbau).